

Gastkolumne

Eine Lektion  
in Machtpolitik  
mit Sesseln  
und einem Sofa

Der türkische Staatschef hat mit  
einer kleinen protokollarischen  
Gemeinheit die EU blamiert. Sie ist  
besonders anfällig dafür



Caspar Hirschi

Ob beim Weihnachtessen im erweiterten Familienkreis oder beim Gipfeltreffen auf dem politischen Parkett: Sitzordnungen bergen Sprengstoff. Eine Gleichbehandlung aller Anwesenden ist ausgeschlossen. Wer sie platzieren darf, hat eine Lizenz zur symbolischen Gewalt. Um sie auszuüben, sind für einzelne Personen unverhoffte Gunsterweise und für andere ausgesuchte Gemeinheiten vorzusehen. Ist das Werk angerichtet, braucht sein Komponist nur noch mit Unschuldsmiene zuzuschauen, wie sich die Düpierten über die Privilegierten anstatt über ihn selbst echauffieren.

Für Recep Tayyip Erdogan ist die Rechnung beim hohen Besuch aus Brüssel wunderbar aufgegangen. Seine beiden Gäste brachten alles mit, um einem diplomatischen Schelmenstück zum Opfer zu fallen. Charles Michel ist als EU-Rats-Präsident ein politischer Zwerg und protokollarischer Riese. Er besitzt nicht einmal das Stimmrecht am Tisch der nationalen Regierungschefs, ist aber nominell der höchste Europäer und als solcher besonders empfänglich für symbolische Schmeicheleien. Ursula von der Leyen wiederum hat als EU-Kommissions-Präsidentin zwar mehr Macht als Michel, ist ihm aber protokollarisch nachgeordnet. Das macht sie anfällig für Brückierungen, beson-

ders als Frau, wenn sie bei einem erklärten Emanzipationsfeind zu Besuch ist.

Erdogans Triumph war jedoch nur möglich, weil seinen Gästen die Solidarität und Geistesgegenwart abging, um der demonstrativ gestellten Falle auszuweichen. Sie taten ihm sogar den Gefallen, vor laufenden Kameras einen Fauxpas an den andern zu reihen. Dass da nur zwei Sessel standen anstatt deren drei, war nicht zu übersehen. Das hinderte Michel aber nicht daran, sich gleich neben Erdogan zu setzen, während von der Leyen noch stand. Abgesehen davon, dass er jede Galanterie vermissen liess, beraubte er sich sitzend der Chance, den Affront gegen seine Kollegin abzuwenden. Von der Leyen wiederum offenbarte ihre Entgeisterung mit einer hilflosen Protestgeste, bevor sie ohne jede Standfestigkeit in die Sofaverbannung sank. Mit einer Sitzordnung, deren symbolische Gewalt für jedermann sichtbar war, gelang es dem türkischen Präsidenten, die Spitzen der EU gegeneinander auszuspielen und beide gleichermassen schlecht aussehen zu lassen.

Die Europäische Union erlitt in Ankara die dritte diplomatische Demütigung in kurzer Zeit. Vorausgegangen waren die Abkanzelung des EU-Aussenbeauftragten Josep Borrell in Moskau und die Herabstufung des EU-Botschafters in London. Die Gründe dafür liegen nicht nur in ihrem schwachen Führungspersonal, das allzu oft mit ausrangierten Figuren aus nationalen Regierungen bestückt wird. Etwas Wichtigeres kommt hinzu: Die EU entspricht heute dem, was der Staatsrechtspionier Samuel Pufendorf im 17. Jahrhundert mit Blick auf das römisch-deutsche Reich ein «Monstrum» genannt hat. Sie ist weder Staat noch internationale Organisation und leidet entsprechend im Konzert



Die EU leidet an systemischer Status-Unsicherheit. Dies nutzen Präsidenten, die mit ihr auf Kollisionskurs sind, konsequent aus.

der Mächte an systemischer Status-Unsicherheit. Dies nutzen Präsidenten, die mit der EU auf Kollisionskurs sind, konsequent aus. Sie profitieren dabei vom Wiedererstarken der Symbolpolitik durch die digitalen Medien, die jedem diplomatischen Gerangel mehr Beachtung schenken als einer inhaltlichen Auseinandersetzung.

Die EU steht also vor dem doppelten Problem, wie sie sich als Monstrum Respekt verschafft unter Staaten, deren politische Streit austragung ebenfalls an längst überwunden geglaubte Zeiten anknüpft. 1661, als Pufendorf seine wegweisenden Werke schrieb, lieferten sich spanische und französische Diplomaten anlässlich eines Empfangs des englischen Königs in den Strassen Londons ein stundenlanges Kutschenduell um den symbolischen Vorrang ihrer Königreiche. Dutzende Männer und Pferde starben, bevor es den Spaniern gelang, ihre Karosse vor den Franzosen einzureihen. Allein, ihr Triumph währte nur kurz. Ludwig XIV. drohte dem bankrotten Spanien mit Krieg und zwang so den spanischen Botschafter in Paris, den Vorrang Frankreichs offiziell zu bestätigen. Um dem symbolischen Vollzug ihres Rangverlustes zu entgehen, mieden spanische Gesandte fortan Anlässe, an denen Franzosen teilnahmen.

Der Sonnenkönig mag nicht das ideale Vorbild für die Europäische Union sein. Wenn es aber darum geht, die Muskeln auf diplomatischem Parkett spielen zu lassen, um nicht unter die Räder halbstarker Potentaten zu geraten, könnte sich ihr Spitzenpersonal durchaus ein Stück seiner Souveränität abschneiden.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.

Medienkritik

Ignazio Cassis' Romanze mit dem «Blick»



Felix E. Müller

In jüngster Zeit ist Ignazio Cassis fast täglich auf der Website des «Blicks» vertreten. Ob Corona, das Rahmenabkommen oder das Leben an sich: Stets findet Cassis Zeit für die Boulevardzeitung an der Dufourstrasse. Besonders intensiv war die Präsenz während einer Reise durch den Nahen Osten, auf der sich der Aussenminister vom «Blick»-Chefredaktor begleiten liess. Schöne Bilder erreichten uns von dort: Cassis auf dem Markt in Bagdad oder beim Tee in Oman.

Interessiert sich der «Blick»-Leser dafür? Beschäftigt ihn die Frage, ob die Schweiz eine Botschaft in Bagdad eröffnen soll? Wohl kaum. Die Interessenlage war eine andere: Für den Chefredaktor ergab sich eine Gelegenheit, den pandemiebedingten Restriktionen in der Schweiz zu entfliehen und Weiterbildung in Nahostpolitik zu geniessen. Dem Aussendepartement ging es wohl primär darum, gute Beziehungen zur Chefetage des «Blicks» herzustellen.

In der Kriegsberichterstattung spricht man von *embedded journalism*, von eingebettetem Journalismus – ein Dilemma für jeden Journalisten: Im Irak-Krieg etwa gelangten sie nur mit dem US-Militär an die Front und berichteten so unweigerlich aus dessen Perspektive. Soll man also auf den Besuch verzichten? Oder schafft man es unter solchen Umständen, sich einen Rest an Unabhängigkeit zu bewahren?

Um Kriegsberichterstattung geht es in diesem Fall nicht. Aber das Dilemma für den Journalisten ist das gleiche: Der Aussenminister erhofft sich von den neu geknüpften Kontakten, dass aus seiner Perspektive berichtet wird, wenn er sich aus dem Durcheinander rund um das Rahmenabkommen abseilen muss. Wie kritisch wird der «Blick» da schreiben? Die Frage stellt sich erst recht im Hinblick auf Cassis' Wiederwahl in gut zwei Jahren, die ihn bereits stark beschäftigt. Da ist der direkte Draht zum «Blick» dann Gold wert. Bagdad sei Dank.

Felix E. Müller ist Senior Advisor des SEF und daneben publizistisch tätig.

51 Prozent

Wenn unsichtbare Infrastruktur bröckelt



Nicole Althaus

In Amerika wird derzeit um ein Wort gestritten, das ganz und gar harmlos klingt und auch nicht das Geringste zu tun hat mit dem umkämpften Vokabular rund um Minderheiten und Geschlechtsidentitäten: die Infrastruktur.

Seit Joe Biden das grösste Investitionspaket seit Generationen geschnürt hat, ist eine semantische Debatte rund um die 400 Milliarden Dollar entbrannt, mit denen der amerikanische Präsident die Pflege für Betagte und Menschen mit Behinderung, die zu Hause leben, unterstützen will. Viele Republikaner, aber auch einige Demokraten monierten, dass Pflege, aber auch die vorgesehenen Ausgaben für den Ausbau von Kindertagesstätten und Kinderzulagen nicht als

Investition in die Infrastruktur bezeichnet werden könnten. Diese bestehe aus den Bauten, die für das Funktionieren der Wirtschaft unabdingbar seien: Strassen, Brücken, Datenleitungen oder die Kanalisation. Die materielle Ausstattung also, die meist von Bauarbeitern in Schutzhelmen erstellt wird, die von fast allen Politikern in Washington für investitionswürdig gehalten und mit dem Adjektiv «bröckelnd» umschrieben wird.

Mit dem Adjektiv «desolat» wurde im vergangenen Jahr zwar auch öfter die Situation in Altersheimen und Spitälern beschrieben, in denen Tausende von Menschen gestorben sind und die mit der Investition in die ambulante Pflege verbessert werden soll. Doch das Dazuzählen von meist weiblichen Pflegekräften und Kinderbetreuerinnen zum Begriff der Infrastruktur scheint vielen Politikern und Politikerinnen äusserst schwer zu fallen: Senatorin Marsha Blackburn aus Tennessee twitterte: In Präsident Bidens Investitionspaket werde in alles investiert, nur nicht in die Infrastruktur.

Der Vorwurf seitens der Republikaner, die Regierung wolle unter dem Deckmantel der Infrastruktur den Sozialstaat ausbauen, ist

nicht von der Hand zu weisen. Tatsächlich rührt Biden mit der grossen Kelle an, um seinen Bürgern aus der Not zu helfen, und hinter seinem Infrastrukturplan steckt zweifellos eine politische Agenda.

Hinter der semantischen Debatte steckt aber viel mehr als nur eine politische Wortklauberei: Selten ist der Welt so deutlich vor Augen geführt worden wie im Jahr der Pandemie, dass es für eine funktionierende Wirtschaft nicht nur intakte Brücken und Strassen braucht, sondern auch die sogenannte Care-Arbeit. Die oberste Ökonomin des Weissen Hauses, Cecilia Rouse, reduzierte den semantischen Streit am vergangenen Dienstag auf die simple Aussage: «Pflege und Erziehung ist keine Infrastruktur? Ich wage zu widersprechen. Ich kann nämlich nicht arbeiten gehen, wenn nicht jemand zu meinen Kindern und meinen Eltern schaut.»

In der deutschen Sprache gibt es die oft abschätzig gebrauchte Redewendung von der Frau als «Karriere-Infrastruktur». Tatsächlich ist der Jemand, der die oft unsichtbare Arbeit im Hintergrund leistet, also genau jene Arbeit, die durch Corona plötzlich systemrelevant wurde, meist weiblich. Jahr-

Ganz selbstverständlich haben Töchter, Ehefrauen und Schwiegertöchter Kinder aufgezogen und alte Eltern versorgt.

hundertlang haben ganz selbstverständlich Töchter, Ehefrauen und Schwiegertöchter Kinder aufgezogen und alte Eltern versorgt.

In der abschätzigen Bemerkung steckt letztlich jene verdrängte Wahrheit, die dieser Tage in der semantischen Debatte in Amerika aufbricht: Es gibt in der gleichberechtigten und alternenden Gesellschaft immer mehr Menschen, die von Care-Arbeit abhängen, und immer weniger, die sie zu leisten bereit sind. Oder anders gesagt: Karriere-Infrastruktur zu sein, die nicht einmal als solche gesehen und gewertet wird, ist äusserst unattraktiv.

Nicht nur Amerika, auch die Schweiz hat in den letzten Monaten erfahren, wie dünn die Personaldecke in der Alterspflege ist. So dünn, dass teils positiv getestete Pflegendе aufgebeten werden mussten, weil man sich nicht anders zu helfen wusste. Bei einem Hallenbad, einer Brücke, einem Tunnel würde man in einer solchen Situation wohl zu einem simplen Schluss kommen: Es braucht dringend Investitionen.

Nicole Althaus ist Chefredaktorin Magazine bei der «NZZ am Sonntag».